

# „Ihre Namen sollen bekannt sein“

**SCHWAIGERN** Stadt debattiert über Erinnerung an Menschen, die wegen ihrer Behinderung im Nationalsozialismus ermordet wurden

Von unserem Redaktionsmitglied  
André Daub

Was den eigenen Eltern widerfährt, ist oft Thema unter Schulkindern. Auch im Nazi-Deutschland der 1930er und 1940er Jahre. Der 1934 geborene Günter Walter erinnert sich an ein Ereignis, das seine Schulfreunde beschäftigt hat. „Die Mutter einer unserer Schulkameradinnen hatte eine geistige Behinderung“, erzählt der Stettener. Sie war Patientin im heutigen Klinikum am Weißenhof in Weinsberg. Eines Tages erzählte die Klassenkameradin: „Meine Mutter ist jetzt auch tot.“

Für Günter Walter ist diese Geschichte auch nach rund 80 Jahren nicht zu Ende erzählt. 2017 hat er mit einem Freund die Gedenkstätte der Tötungsanstalt Grafeneck besucht. Mindestens 10 654 Menschen mit Behinderung oder einer psychischen Erkrankung wurden dort auf der Schwäbischen Alb in Gaskammern ermordet. Fünf von ihnen, so hat Walter herausgefunden, stammen aus Schwaigern. Darunter ist auch die Mutter seiner einstigen Klassenkameradin. Wie 422 weitere Patienten der Weinsberger Heilanstalt Weißenhof wurde sie nach Grafeneck deportiert.

**Menschenwürde** Walter wünscht, dass die Namen der Opfer aus Schwaigern auf das Kriegerdenkmal an der evangelischen Kirche oder auf eine Gedenktafel auf dem Friedhofsgebäude geprägt werden. Drei Namen sind ihm bekannt. „Auch sie sind Kriegsoffer und gemäß der Menschenwürde sollen ihre Namen bekannt sein.“

In der Parteisprache wurde der Massenmord unter den Begriffen „Euthanasie“ oder „Aktion T4“ verharmlost und vertuscht. Die Opfer der NS-Rassenpolitik wurden zur „Reinigung des Volkskörpers“ aus dem Südwesten nach Grafeneck deportiert. „Herkunftsanstalten, Namen, Wohn- und Geburtsorte der Ermordeten sind weitgehend bekannt“, schreibt der Historiker und Leiter der Gedenkstätte Thomas Stöckle in seinem Buch „Grafeneck 1940“.

Die Angehörigen erfuhren vom Tod durch ein Schreiben. Als Ursache wurde häufig die Grippe angegeben. Trotzdem konnten die Vorgänge nicht verheimlicht werden. Am 19. Juli 1940 schrieb der evangelische Landesbischof für Baden-Württemberg, Theophil Wurm, einen Brief an Reichsinnenminister Wilhelm Frick. Darin schildert er, dass Anwohner die Vorgänge auf Grafeneck beobachten: „Die Autobusse mit undurchsichtigen Fenstern, die die Kranken von entfernten Bahnhöfen oder unmittelbar von den Anstalten bringen, der aus dem Krematorium aufsteigende Rauch, der auch auf größere Entfernungen wahrgenommen werden kann, das alles beunruhigt die Bevölkerung.“

Im Dezember 1940 wird Grafeneck geschlossen. Die Gründe sind vielschichtig, schreibt Stöckle. Einerseits wegen Protesten aus der Bevölkerung, andererseits schienen die Ziele mit über 10 600 Ermordeten erreicht. Ab März 1941 werden weitere 500 Patienten aus Einrichtungen im Süden, darunter auch Weinsberg, in der Nachfolgetötungsanstalt im hessischen Hadamar umgebracht. Die Einrichtung wird im August 1941 geschlossen und das Morden in kleineren Einrichtungen fortgesetzt.

Bei der Generalversammlung des Heimatvereins hat Walter sein Anliegen vorgetragen. „Ein Angehöriger sagte, er möchte den Namen auf keinen Fall öffentlich lesen.“ Jürgen Willig, Vorstand des Heimatvereins, bestätigt, dass das Thema bei einer Mitgliederversammlung im



Bis 1939 war Schloss Grafeneck eine Wohnrichtung für Menschen mit Behinderung der evangelischen Samariterstiftung Stuttgart. Im Oktober 1939 wurde die Einrichtung auf der Schwäbischen Alb von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und zu einer Tötungsanstalt umgebaut. Foto: Repo

Im  
Blick-  
punkt



Günter Walter bei einer zahlreich besuchten Podiumsdiskussion im Kaffeehaus Hagen. Foto: Archiv/Daub

Heimatverein eingebracht worden sei. Äußern wolle er sich nicht: „Wir haben noch nie in einer Vorstandssitzung darüber gesprochen.“

Schwaigerns Bürgermeisterin Sabine Rotermund sucht eine Lösung, die auch die Familien der Opfer mittragen. Seit der Veranstaltungsreihe „Kaffeehausgespräche“ im Heilbronner Kaffeehaus Hagen stehe sie mit den Familien in Kontakt. Damals war die Erinnerungspolitik der Stadt Thema einer Podiumsdiskussion gewesen. Eine Angehörige hatte sich gegen die Veröffentlichung der Namen ausgesprochen.

**Schüler einbinden** Die Bürgermeisterin kann sich vorstellen, die Wanderausstellung der Gedenkstätte Grafeneck nach Schwaigern zu holen. Auch mit der Offenen Hilfe sei sie im Dialog. Diese organisiert mit anderen Trägern für No-



Die Namentafel an der evangelischen Kirche. Bisher stehen darauf nur die Gefallenen der Wehrmacht. Foto: Ekkehart Kuppau

„Es geht mir nicht darum, die Angehörigen bloßzustellen.“

Günter Walter

vember eine Dauerausstellung in der Heilbronner Kilianskirche. „Dabei geht es um das Thema Vernichtungsaktion T4“, erklärt Hartmut Seitz-Bay, Leiter der Offenen Hilfen. Das Programm soll jeden Mittwoch durch Vorträge und Podiumsdiskussionen begleitet werden. Geplant sei auch ein Theaterstück. Schwaigerns Bürgermeisterin Rotermund überlegt, zeitgleich eine Veranstaltung in der Stadt abzuhalten: „Vielleicht können wir unsere Schulen beteiligen.“

Günter Walter setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Schwaigerner Opfer der Massenvernichtung im Stadtbild in Form einer Gedenktafel sichtbar werden. Er betont, dass es ihm dabei nicht darum gehe, die Angehörigen der Familien bloßzustellen. „Sie haben ihre Familienmitglieder an den Weißenhof zur Pflege gegeben. Für die Ermordung konnten sie nichts.“

## Offene Hilfen in Sorge wegen AfD-Anfragen

Was die Partei im Bundestag über Menschen mit Behinderung wissen will, erschreckt Sozialverbände

Von unserem Redaktionsmitglied  
André Daub

**HEILBRONN** Für Hartmut Seitz-Bay, Leiter der Offenen Hilfen Heilbronn, hat die systematische Ermordung von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen in der NS-Zeit einen Gegenwartsbezug. Im August 2019 stellte die AfD eine kleine Anfrage im Bundestag. Darin fragt die Fraktion nach den „volkswirtschaftlichen Verlusten“ durch „die nicht genutzten Erwerbspotentiale von Menschen mit psychischen Erkrankungen“.

Viele Sozialverbände und Einrichtungen der Behindertenhilfe waren entsetzt über die Anfrage. 26 von ihnen schalteten damals in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine Erklärung. Darin riefen sie „die Bevölkerung auf, wachsam zu sein und nicht zuzulassen, dass bestimmte Gesellschaftsgruppen als Instrument einer Politik der Ausgrenzung missbraucht werden“. Hartmut Seitz-Bay verfasste daraufhin ein Schreiben an die AfD-Bundestagsabgeordnete Franziska

Gminder aus Heilbronn. Die Anfrage erinnere ihn „in erschreckender Weise an Erhebungen der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, als in ähnlicher Weise das Dasein psychisch kranker und behinderter Menschen volkswirtschaftlich bewertet wurde“. Dieses Denken habe später mit der systematischen Ermordung von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen wie Grafeneck oder Hadamar schreckliche Folgen gehabt.

**Unbeantwortet** Wie Hartmut Seitz-Bay der Heilbronner Stimme berichtet, habe Franziska Gminder zuerst nicht auf sein Schreiben reagiert. Später habe die AfD-Abgeordnete geantwortet, es handle sich dabei nicht um ihr Ressort und Seitz-Bay solle sich an ihre Kollegen wenden. Auch auf mehrfache Nachfrage der Heilbronner Stimme äußerte sich Franziska Gminder nicht dazu.

Schon im März 2018 hatte die AfD eine kleine Anfrage im Bundestag gestellt. Darin will die Partei wissen, wie sich die Zahl der „Schwerbe-



„Die Anfrage erinnert mich an Erhebungen der 30er-Jahre.“

Hartmut Seitz-Bay

hinderten“ in den letzten Jahren entwickelt hat. Auch will die AfD mit der Anfrage herausfinden, wie viele „Schwerbehinderungen“ durch „Heirat innerhalb der Familie entstanden sind“ und „wie viele Menschen mit Behinderung einen Migrationshintergrund haben“.

Zu den Unterzeichnern zählt die Heilbronner AfD-Bundestagsabgeordnete Franziska Gminder. Auf Stimme-Nachfrage verteidigt sie die Anfrage. „Verwandtschaftsehen“ seien „vor allem unter Zuwanderern aus dem arabischen und afrikanischen Raum verbreitet“. Daraus entstehende „erblich bedingte Krankheiten“ seien oft auch mit einem „erheblichen Kostenaufwand“ verbunden. Für Hartmut Seitz-Bay ist es das Ziel der AfD, Angst zu schüren, indem ein vermeintlich wirtschaftlicher Schaden in Bezug zur Lebenssituation von gesellschaftlichen Randgruppen gebracht werde. Der Bundestag hat Franziska Gminders Anfrage beantwortet. 94 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen mit einer schweren Behinderung haben eine deutsche Staatsangehörigkeit.